

A4 Hier geht's weiter: Vielfalt, Feminismus & Kultur

Antragsteller*in: Geschäftsführender Ausschuss Friedrichshain-Kreuzberg

Text

1191 **Ein Friedrichshain-Kreuzberg für Alle:**
1192 **Vielfältig, bunt, kreativ**

1193 Für uns sind es die Menschen, die hier leben, die den eigentlichen Reichtum
1194 unseres Bezirks ausmachen: Multiple Identitäten, mehrfachkulturelle Prägungen
1195 mit und ohne eigene Migrationserfahrung, unterschiedliche geschlechtliche
1196 Identitäten, Mehrsprachigkeit, CrossOverErfahrungen und transkulturelle
1197 Phänomene erzeugen im Bezirk eine Lebenswirklichkeit, die Grenzen verschwimmen
1198 lässt, neue Allianzen hervorbringt und den Nährboden für einen außerordentliche
1199 Reichtum an Ideen, Energien und Potenzialen bilden, die Friedrichshain-Kreuzberg
1200 erst zu dem machen, was es ist.

1201 Wir bekennen uns zu einem Bezirk, der allen Menschen Zuhause ist oder werden
1202 kann - egal welcher Herkunft sie sind, wen sie lieben, wie sie sich
1203 identifizieren, an wen oder was sie glauben, ob sie eine Beeinträchtigung haben
1204 oder nicht. Migration und Vielfalt sind hier Normalität und das
1205 Aufeinandertreffen und Zusammenwachsen von Einheimischen, Zugezogenen,
1206 Geflüchteten, Menschen mit unterschiedlichen Herkünften, Identitäten,
1207 kulturellen, religiösen oder sozialen Hintergründen hat unseren Bezirk geprägt,
1208 bereichert, gestärkt und zu dem gemacht, was er ist.

1209 Friedrichshain-Kreuzberg hat es in der Vergangenheit ein ums andere mal gezeigt:
1210 Wir sind ein antirassistischer, antifaschistischer und solidarischer Bezirk.
1211 Doch müssen wir all dies Tag für Tag neu mit Leben füllen. Auch auf der
1212 politischen Ebene. Damit Friedrichshain-Kreuzberg zukünftig noch gerechter,
1213 solidarischer und bunter wird, - egal ob es um Schutz von geflüchteten Menschen,
1214 die Umsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen oder Sichtbarkeit von Frauen im
1215 öffentlichen Raum geht, wollen wir dies gemeinsam mit allen Menschen im Bezirk
1216 anpacken und die Stadt aus den Kiezen zum Positiven verändern. Und zwar für
1217 alle.

1218 **Postmigrantisch, postkolonial und antirassistisch**

1219 Migration und Vielfalt sind in Xhain Normalität. Wir setzen seit jeher auf ein
1220 Miteinander statt ein Gegeneinander. In Kreuzberg demonstrieren bereits die
1221 Kitas gegen Rassismus und natürlich sind auch wir dabei, wenn die Seebrücke,
1222 #LeaveNoOneBehind, BlackLivesMatter oder Berlin gegen Nazis zu Demonstrationen
1223 aufrufen. Wir stellen uns klar gegen Rechts und gestalten gemeinsam und
1224 solidarisch unsere Einwanderungsgesellschaft. Seit 2016 verleiht der Bezirk auf
1225 unsere Initiative den Silvio-Meier-Preis als aktives Statement für Zivilcourage
1226 gegen rechte und rassistische Gewalt und Diskriminierung. Die wichtigen Arbeit
1227 der Erfassungs- und Anlaufstelle des Registers Friedrichshain-Kreuzberg wollen
1228 wir erhalten, um rassistischem, diskriminierendem, antisemitischem und weiterem

1229 menschenfeindlichen Gedankengut zielgerichtet entgegenwirken zu können. Wir
1230 wollen in unserem Bezirk ein Klima fördern, in dem es möglich ist, Unterschiede
1231 wertzuschätzen und Gemeinsamkeiten zu erkennen, etwa durch den Austausch mit und
1232 zwischen den migrantischen Communities. Für eine lebendige Migrations- und
1233 Antirassismuspoltik ist es für uns selbstverständlich nicht über Menschen,
1234 sondern mit den Menschen zu reden. Friedrichshain-Kreuzberg ist geprägt davon,
1235 dass kreative Lösungen von "unten" entstehen und nicht von "oben" vorgegeben
1236 werden. Das werden wir weiterhin fördern, in dem wir einerseits Räumlichkeiten
1237 und andere Ressourcen zur Verfügung stellen, andererseits aber auch die
1238 Sichtbarkeit von kultureller und migrantischer Vielfalt und Communities mit
1239 Rassismuserfahrung weiterhin durch die Unterstützung von Veranstaltungen,
1240 Ausstellungen, Informationskampagnen sowie Gedenk- und Erinnerungszeichen im
1241 öffentlichen Raum stärken. Wir sind in diesem Zusammenhang auch bereit, uns
1242 Auseinandersetzungen wie etwa der um die Errichtung eines Erinnerungsortes an
1243 die Opfer des Dersimmassakers zu stellen und ein solches zu ermöglichen. Wir
1244 begrüßen die Initiative für ein Denkmal gegen Rassismus und Polizeigewalt und
1245 wollen hierfür eine dauerhafte Lösung im Bezirk finden. Wir wenden uns
1246 entschieden gegen das Racial Profiling und die Kriminalisierung von Menschen,
1247 die durch auf Abwehr von Zuwanderung getrimmte Politik, Behörden und Gesetze in
1248 die Illegalität getrieben wurden und werden. Auch die Dekolonialisierung wollen
1249 wir aus dem Bezirk heraus voranbringen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass
1250 eine tiefgehende Auseinandersetzung mit unserer Kolonialgeschichte und ihren
1251 Auswirkungen stattfindet, dieses Thema mit den Ursachen für Flucht und
1252 Vertreibung und den wirtschaftlichen Machtbeziehungen in der heutigen
1253 postkolonialen Welt verknüpft und in unseren Kultur- und Bildungseinrichtungen
1254 der Zusammenhang zwischen Menschenrechten, Rassismus und Diskriminierung
1255 umfassender aufgegriffen wird.

1256 **Ankommen und Teilhabe ermöglichen**

1257 Geflüchtete Menschen wollen wir dabei unterstützen, schnell im Kiez anzukommen
1258 und bei uns im Bezirk ein neues Zuhause zu finden. Wir wollen deshalb keine
1259 getrennten Wohnverhältnisse, sondern setzen uns für gemischte Wohnprojekte ein,
1260 in denen alteingesessene und neumigrierte Menschen gemeinsam leben. Im Jugendamt
1261 haben wir feste und funktionierende Strukturen geschaffen, die unbegleitete
1262 Minderjährige den Übergang in Schule, Ausbildung, Studium und Qualifikation
1263 ermöglichen und die vorhandenen Möglichkeiten im Jugendhilferecht nutzen. Neben
1264 der Verstetigung des Einsatzes der Integrationslots*innen wollen wir uns dafür
1265 einsetzen den Zugang zu Familienzentren, Nachbar*innenschaftshäusern und
1266 Berufsberatungsstellen für alle neuen Xhainer*innen zu erleichtern - ob
1267 migriert, geflüchtet oder zugezogen.

1268 Wir werden uns als Bündnisgrüne weiterhin dafür einsetzen, dass alle Menschen,
1269 die in unserem Bezirk beheimatet sind, das kommunale Wahlrecht erhalten, um auch
1270 auf dieser Ebene mitbestimmen und mitgestalten zu können. Parallel dazu wollen
1271 wir die inklusiven Beteiligungsformate im Bezirk weiter zu Foren ausbauen, in
1272 denen sich Menschen, die vom bestehenden Wahlrecht ausgeschlossen werden,
1273 einbringen können und eine Stimme haben,.

1274 **Vielfältige Weltanschauungen, Trennung von Staat und** 1275 **Religion**

1276 Egal was jemand glaubt oder nicht glaubt, es dürfen keine Vor- oder Nach-teile
1277 daraus entstehen. Die Religions- und Glaubensfreiheit findet ihre Gren-zen

1278 dort, wo im Namen von Religion die Menschenrechte anderer eingeschränkt oder
1279 gar verletzt werden; sei es die Freiheit und Selbstbestimmung von Frauen, sei es
1280 die Freiheit vor Diskriminierung für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und
1281 Intersexuelle und allgemein für alle Andersdenkenden, Andersglaubenden,
1282 Anderslebenden. Entscheidend ist, dass alle Religionen gleich behandelt werden.
1283 Es bleibt unsere Aufgabe, den lebendigen Dialog zwischen allen hier ansässigen
1284 Religionen weiter zu unterstützen und die Kultur der Toleranz, des Respekts und
1285 der Aufgeschlossenheit aktiv zu fördern, wie sie etwa von der jüdischen Gemeinde
1286 am Fraenkelufer gelebt wird. Doch für die wachsende Gemeinde, den Austausch mit
1287 der Nachbar*innenschaft, das gemeinsame Feiern des Chanukka-Fest mit Kindern und
1288 Jugendlichen, das Gedenken an die Novemberpogrome und all die anderen
1289 Aktivitäten wird der Raum im erhalten gebliebenen Flügel der ehemaligen großen
1290 Synagoge knapp. Wir unterstützen die Pläne, die Synagoge am Fraenkelufer in
1291 alter Pracht wiedererstehen zu lassen, auf dass sich in ihrem Inneren das neue
1292 jüdische Gemeindeleben weiter entfalten kann.

1293 **Vielfalt in Politik und Verwaltung**

1294 Verwaltung ist ein essentieller Bestandteil der erfolgreichen Umsetzung
1295 politischer Arbeit. Vor allem der tägliche Kontakt zu den Menschen im Bezirk ist
1296 entscheidend dafür, wie in Friedrichshain-Kreuzberg Vielfalt gelebt wird. Daher
1297 müssen Angebote stets an die Bedürfnisse der Menschen im Bezirk angepasst werden
1298 - das erfordert offenes Zuhören, situationsgerechtes Reagieren und ein
1299 Selbstverständnis als Dienstleisterin. Alle Xhainer*innen haben einen Anspruch
1300 auf diskriminierungsfreie Verfahren in ihrer Verwaltung und müssen diesen Anspruch
1301 auch geltend machen können. Wir wollen deshalb verbindliche und unabhängige
1302 Beschwerdeverfahren und Beschwerdestellen für Rassismus und Diskriminierung in
1303 der Verwaltung einführen. Insbesondere in den Job- und Bürger*innenämtern wollen
1304 wir das Personal in Diversity schulen und qualifizieren, außerdem sollen
1305 Mitarbeiter*innen ihre Sprachkompetenzen besser zum Einsatz bringen können.

1306 Wir setzen uns ein für die konsequente Umsetzung des Berliner
1307 Antidiskriminierungsgesetzes auf Bezirksebene. Die bezirklichen Beauftragten für
1308 Frauen und Gleichstellung, für Menschen mit Behinderungen und für Integration
1309 bilden seit dieser Wahlperiode ein starkes Diversity-Team im Bezirksamt. Sie
1310 beraten und unterstützen Xhainer*innen, ob individuell oder in Gremien,
1311 Betrieben und Institutionen und stärken die Vernetzung mit der
1312 Zivilgesellschaft. In der nächsten Wahlperiode wollen wir das Diversity-Team,
1313 finanziell besser ausstatten und um eine*n Queerbeauftragte*n erweitern. Unseren
1314 Ansatz, Mehrfachdiskriminierungen konstruktiv zu thematisieren, wollen wir damit
1315 stärken. Das Diversity-Team selbst sollte selbstverständlich divers aufgestellt
1316 sein - der gleiche Anspruch gilt aber auch für die Verwaltung als Ganze. Ziel
1317 muss sein, dass mit Vielfalt offen und wertschätzend umgegangen, jede Form von
1318 Diskriminierung vermieden und Rechtssicherheit gewährleistet wird.

1319 Ein wichtiger Baustein für eine diskriminierungskritische Verwaltung ist eine
1320 geeignete Strategie zur Personalgewinnung und -entwicklung, eine
1321 Auseinandersetzung mit Zugangshürden und eine aktive Ansprache potentieller
1322 Zielgruppen. Ziel muss es sein, dass das Bezirksamt den Bezirk in seiner
1323 Vielfalt abbildet und insbesondere BIPoCs (Black, Indigenous, People of Color)
1324 und Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte gerecht repräsentiert werden.
1325 Hierfür ist eine landesweit gesetzlich geregelte Quote ein geeignetes Mittel,
1326 flankiert von einem regelmäßigen Monitoring der Beschäftigungsstruktur und der

1327 Neueinstellungen. Diversitätskompetenzen sollen zudem bei Einstellungen und
1328 Stellenbesetzungen in allen Ämtern berücksichtigt werden.

1329 **Mehr Beteiligung und Mitbestimmung**

1330 Friedrichshain-Kreuzberg lebt vom Engagement und der Beteiligung der Menschen im
1331 Bezirk. Dieses Engagement ist der Antrieb für progressive Ideen und Visionen,
1332 die direkt aus den Kiezen unseren Bezirk für morgen gestalten. Dabei ist
1333 Ehrenamt vielseitig. Ob in der Mieter*inneninitiative, im Sportverein, in
1334 Migrant*innenselbstorganisationen, in Nachbar*innenschaftsprojekten, als
1335 Hausgemeinschaften oder Gewerbemietende gegen Verdrängung, als Radaktivist*innen
1336 oder durch Einwohner*innenanträge in der BVV. Beteiligung ist ein Grundpfeiler
1337 erfolgreicher Bezirkspolitik. Häufig wissen die Menschen in den Kiezen selbst am
1338 besten, wo die Probleme liegen. Gleichzeitig gibt es viele Anstöße und
1339 innovative Ideen, die helfen können, den Bezirk auch in Zukunft offen und
1340 lebenswert zu gestalten. Gemeinsam mit den Anwohner*innen wollen wir lebenswerte
1341 Kieze gestalten, welche die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse der
1342 Menschen vor Ort berücksichtigen. Gleichzeitig gibt es kein Patentrezept für
1343 erfolgreiche Beteiligung. So gilt es, auch neue Modelle und Verfahren zu
1344 entwickeln, die es möglichst vielen Menschen ermöglichen, sich aktiv
1345 einzubringen. Eine wichtige Rolle nehmen nicht nur engagierte Initiativen und
1346 Einwohner*innen ein, sondern auch Stadtteilbüros oder Strukturen vom NaGe-Netz
1347 bis hin zum AKS Gemeinwohl. Erfolgreiche Formate wollen wir beibehalten und
1348 verstetigen. Die vielseitigen, vielfältigen und lauten Stimmen der
1349 Einwohner*innen in unserem Bezirk sind eine Bereicherung, wir wollen sie weiter
1350 fördern, um gemeinsam mit allen den Bezirk für die Zukunft zu gestalten.

1351 Dafür werden wir die Berliner Engagementstrategie umsetzen und eine*n
1352 bezirklichen Beauftragte*n für bürgerschaftliches Engagement etablieren und über
1353 die finanzielle Stärkung der Freiwilligenagentur Friedrichshain-Kreuzberg die
1354 Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen über die Vernetzung hinaus fördern.
1355 Wir wollen damit eine Anlaufstelle nicht nur für Ehrenamtliche, sondern auch für
1356 Initiativen und Vereine schaffen. Um der Raumnot entgegenzuwirken, wollen wir
1357 ein Raumnutzungskonzept von öffentlichen und privaten Räumlichkeiten durch das
1358 Bezirksamt, in dem mögliche – auch temporäre – Raumnutzungen durch Vereine,
1359 Initiativen und Ehrenamtliche verzeichnet sind und Zugänge geschaffen werden.
1360 Die Stadtteil- und Kiezbüros in Friedrichshain und Kreuzberg wollen wir
1361 erhalten, adäquat ausstatten und Beteiligungsformate ausbauen.
1362 Beteiligungsverfahren im Bezirk sollen möglichst niedrigschwellig und inklusiv
1363 gestaltet sein. Es gilt, für jeden Sachverhalt die passenden Beteiligungsformate
1364 zu wählen, damit möglichst viele sich einbringen können. Informationen über
1365 Beteiligungsverfahren oder Fragebögen sollen auch in Einfacher Sprache und nach
1366 Möglichkeit auch in anderen Sprachen ausgegeben werden, um so sprachliche
1367 Barrieren zu minimieren, die einer Beteiligung im Wege stehen könnten. Wir
1368 wollen proaktiv die Beteiligung der Communities - insbesondere von BIPoCs,
1369 queeren Menschen oder solchen mit (familiärer) Migrationsgeschichte, von
1370 Senior*innen, Menschen mit Behinderung sowie von durch soziale Herkunft oder
1371 geringes Einkommen marginalisierten Gruppen, - durch die Unterstützung ihrer
1372 (Selbst)Organisationen und Initiativen stärken.

1373 **Geschlechtergerechter Bezirk: Feministisch,** 1374 **Queer, Divers:**

1375 **Eine geschlechtergerechte Gesellschaft ist überfällig**

1376 Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind,
1377 unabhängig von Geschlecht, Herkunft und sexueller oder geschlechtlicher
1378 Identität. Eine Gesellschaft, die Vielfalt lebt und die gleichberechtigte
1379 Teilhabe aller ermöglicht. Eine emanzipierte Gesellschaft kann es nur ohne
1380 Patriarchat, ohne Homo-, Bi-, Trans*- und Interfeindlichkeit, ohne Rassismus und
1381 ohne jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geben. Unser Feminismus
1382 ist intersektional. Wir wissen, dass es unterschiedliche Formen von
1383 Diskriminierung gibt, die sich häufig überlagern. Wir nehmen auch die
1384 Perspektiven von queeren und armen Frauen, Frauen mit Behinderung und von
1385 Rassismus betroffenen Frauen in den Blick und kämpfen auf allen Ebenen für
1386 Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.

1387 Obwohl der Feminismus gerade in den letzten Jahren einiges erreicht hat und mit
1388 #metoo endlich auch öffentlich eine längst überfällige Debatte über
1389 sexualisierte (Alltags-)Gewalt geführt wurde, bleibt noch viel zu tun. Wir gehen
1390 deswegen auf die Straße, wenn Rechte im Namen von Feminismus demonstrieren, wir
1391 unterstützen den Dyke*-March/Purple Ride, wir machen Aktionen zum Equal Pay Day,
1392 am Tag gegen Gewalt an Frauen, und am IDAHOBIT und greifen diese Anliegen in
1393 unserer parlamentarischen Arbeit auf. Feminismus ist kleinteilige, manchmal auch
1394 mühsame Handarbeit, die alle Politik- und Lebensbereiche betrifft. Packen wir's
1395 gemeinsam an! .

1396 **Eine starke Stimme für Frauen in der Politik**

1397 Eine nur theoretisch festgeschriebene Gleichberechtigung der Geschlechter ist
1398 unwirksam, solange sie nicht auch in den Parlamenten praktisch gelebt wird.
1399 Politik muss für und von Frauen gemacht werden – auch im Bezirksparlament. Eine
1400 quotierte Besetzung im Bezirksamt und in der Fraktion sind deswegen für uns
1401 selbstverständlich. Eine ausreichende Repräsentanz wollen wir auch in den
1402 Ausschüssen beachten, um dort Frauen eine starke Stimme zu geben. Politische
1403 Debatten sind nach wie vor stark cis-männerdominiert.*

1404 Wir setzen uns in der BVV für eine Debattenkultur ein, die offen und inklusiv
1405 ist, die niemanden diskriminiert und die Sexismus und Rassismus eine Absage
1406 erteilt. Um Eltern kommunalpolitisches Engagement zu erleichtern, wollen wir,
1407 dass auch während der Sitzungen der BVV eine Kinderbetreuung angeboten wird, wie
1408 wir das als Partei bereits anbieten und verstärkt auf hybride Sitzungsformate
1409 setzen. Um perspektivisch mehr Frauen für Politik zu begeistern, wollen wir
1410 Angebote stärken, die Mädchen früh für Bezirkspolitik begeistern sollen. Denkbar
1411 ist etwa eine "Mitlaufwoche" für Schülerinnen, bei der diese gemeinsam mit
1412 weiblichen Verordneten an Sitzungen teilnehmen.

1413 **Sichtbarkeit im öffentlichen Raum**

1414 Die Dominanz heterosexueller weißer Männer auch im öffentlichen Straßenraum zu
1415 brechen, bleibt weiterhin unser Ziel. Mit Initiativen zur Ehrung von Frauen wie
1416 Maria von Maltzan, Inge Meysel oder Audre Lorde, Anne Klein, Freia Eisner, die
1417 zudem offen lesbisch oder queer lebten, sind wir diesem Ziel in der letzten
1418 Legislatur ein kleines Stück näher gekommen. Aber um langfristig Veränderung zu
1419 bewirken und die Diversität unserer Gesellschaft abzubilden, braucht es weitere
1420 Veränderung. Als Grüne haben wir den bezirklichen Frauenbeschluss im Jahr 2005
1421 initiiert, nachdem Straßen und Plätze in der Regel nur nach Frauen und LSBTIQ-
1422 Personen benannt werden sollen, bis diese in ihrer Mehrheit nicht nur
1423 heterosexuelle weiße Männern repräsentieren. Diese Beschluss wollen wir
1424 forcieren. Insbesondere Women of Colour, Frauen unserer Migrationsgeschichte,

1425 aus dem Widerstand gegen autoritäre Regime oder Menschen aus der LSBTIQ-
1426 Community, denen in der Erinnerungslandschaft bislang weitgehend kein Raum
1427 eingeräumt wurde, die aber wesentliche Facetten der neueren Geschichte unseres
1428 Bezirks verkörpern, sollen präsenter im öffentlichen Straßenraum werden.

1429 **Kein Raum für Hass und Gewalt**

1430 Übergriffe und Sexismus sind allgegenwärtig – im öffentlichen und im privaten
1431 Raum, auch bei uns im Bezirk. Die Gefahr eines Übergriffs verstärkt sich noch,
1432 wenn Frauen lesbisch, bi, trans* oder Frauen of Colour oder mit
1433 Migrationsgeschichte sind, oder eine körperliche oder psychische
1434 Beeinträchtigung haben. Auch Gewalt im Netz ist Gewalt und ein Angriff auf
1435 Persönlichkeitsrechte, Beteiligungsrechte und Meinungsfreiheit der Betroffenen.
1436 Oft stellt diese eine Verstärkung oder Erweiterung von Gewalt im “analogen”
1437 Leben dar, oder bildet erst den Auftakt zu weitergehender Gewalt gegen die
1438 Betroffenen. Genau wie häusliche Gewalt muss deswegen auch digitale Gewalt,
1439 müssen Hatespeech und Cyberstalking sichtbar gemacht und Betroffene unterstützt
1440 werden. Wenn es gesellschaftlich akzeptiert wird, dass Frauen herabwürdigend
1441 dargestellt werden, etwa in Werbung, dann führt dies letztlich auch dazu, dass
1442 diskriminierendes Behandeln von Frauen als gewöhnlich und legitim betrachtet
1443 wird. Wir wollen deswegen weiterhin das bestehende Verbot von sexistischer
1444 Werbung auf Bezirks- und Landesebene aktiv unterstützen.

1445 Zudem wollen wir alle Projekte und Einrichtungen im Bezirk, die sich mit den
1446 Themen häusliche Gewalt, sexualisierter Missbrauch und Zwangsverheiratungen
1447 auseinandersetzen weiter unterstützen und uns für eine bessere Finanzierung auf
1448 Bundes- und Senatsebene einsetzen. Durch gezielte Weiterbildung und
1449 Sensibilisierung von Polizei, Justiz und Verwaltung auch auf Bezirks- und
1450 Landesebene kann schon heute viel verbessert werden. Wir wollen, dass
1451 Friedrichshain-Kreuzberg weiterhin anonyme Beratungen anbietet und wollen
1452 bestehende Angebote etwa von Migrant*innenselbstorganisationen stärken.

1453 Schutzräume wie Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen sind wichtiger Teil einer
1454 unterstützenden Infrastruktur. Diese müssen deswegen erhalten, ausgebaut und
1455 finanziell besser ausgestattet werden. Wir setzen uns weiterhin für die
1456 Schaffung und Finanzierung neuer Plätze ein, denn auch die zuletzt ausgebaute
1457 Infrastruktur ist nicht ausreichend. Insbesondere geflüchtete Frauen und queere
1458 Geflüchtete benötigen Schutzräume und besondere Betreuungs- und
1459 Beratungsangebote, abseits von den bestehenden Massenunterkünften.

1460 Geschlechtsspezifische Gewalt richtet sich nicht nur gegen Frauen und Mädchen,
1461 denn von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat können auch Jungen und Männer
1462 betroffen sein. Wir setzen uns deswegen dafür ein, auch für diese Jungen und
1463 Männer Anlaufstellen zu schaffen. Genauso notwendig ist es, die meist männlichen
1464 Täter von häuslicher Gewalt in die Pflicht zu nehmen. Wir setzen uns für ein
1465 verpflichtendes Anti-Gewalt-Training für Väter ein, wenn das Jugendamt etwa im
1466 Rahmen eines Sorgerechtsstreits auf eine Gewaltproblematik aufmerksam wird.
1467 Angebote in Schulen, die sich an Jungen richten und der Vorbeugung dienen, etwa
1468 Anti-Gewalt-Trainings, wollen wir unterstützen.

1469 **Queere Projekte und Einrichtungen stärken**

1470 Queere Projekte, Beratungsangebote und Einrichtungen müssen vor Gentrifizierung
1471 und Verdrängung geschützt werden. Die Bereitstellung von bezirkseigenen Flächen
1472 und Räumen für diese Zwecke sollte deswegen ermöglicht werden. Das Schwule

1473 Museum, dass perspektivisch neue Räume sucht, soll in Xhain wieder ein neues
1474 Zuhause finden. Es vermittelt nicht nur queere Geschichte und Kultur, es bewahrt
1475 und erforscht diese auch. Wir wollen, dass das Museum, das lange Zeit in
1476 Kreuzberg ansässig war, wieder in den Bezirk zurückkehrt und unterstützen die
1477 Suche nach einem neuen Standort. Wir wollen prüfen, inwieweit auch queere
1478 Infrastruktur wie Bars oder Clubs bei der bezirklichen Tourismus- und
1479 Wirtschaftsförderungen berücksichtigt werden können. Queere Angebote müssen
1480 bedarfsgerecht und barrierefrei ausgestaltet sein, egal ob es um die Bedürfnisse
1481 queerer Senior*innen, Frauen, Regenbogenfamilien oder Jugendlicher geht. Wir
1482 setzen uns für zielgruppenspezifische Angebote ein, wie beispielsweise weiterhin
1483 die Einrichtung von Wohnprojekten für ältere, lesbische Frauen.

1484 Für ein freies und sicheres queeres Leben im öffentlichen Raum braucht es ein
1485 Konzept zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz von LSBTIQ*, denn jeder
1486 Vorfall dieser Art ist einer zu viel. Eine systematische Erhebung und Auswertung
1487 von queerfeindlichen Übergriffen unter Einbeziehung der Expertise von
1488 Initiativen wie Maneo, L-Support und dem Berliner Register ist wichtig, um
1489 dieses auf die aktuelle Situation anzupassen.

1490 Das bezirkliche Diversity-Team soll um eine*n Queerbeauftragte*n erweitert
1491 werden. Die*der Queerbeauftragte soll Ansprechperson für alle LSBTIQ*-Anliegen
1492 der Menschen im Bezirk sein und sicherstellen, dass die Belange queerer Menschen
1493 in allen bezirklichen Bereichen berücksichtigt werden. Auch die Organisation von
1494 Fort- und Weiterbildungen für bezirkliches Personal, die Vernetzung mit queeren
1495 bezirklichen Einrichtungen und die Koordination von Bildungsveranstaltungen
1496 fällt in diesen Bereich. Die*Der Beauftragte ist für die Umsetzung der
1497 Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher
1498 und sexueller Vielfalt" auf Bezirksebene mit verantwortlich.

1499 **Kunst und Kultur erleben: Das unverzichtbare** 1500 **Sahnehäubchen**

1501 Kunst und Kultur sind nicht nur ein hübsches Sahnehäubchen obendrauf, welches
1502 man zur Not auch weglassen kann. Oder das, je nach Kassenlage, mal mehr oder
1503 weniger üppig ausfallen darf. Denn was wäre Friedrichshain-Kreuzberg ohne seine
1504 vielfältige Kulturlandschaft, ohne seine Galerien, Theater, Kinos, Bibliotheken,
1505 Museen, ohne die Clubs, Konzertorte und Bühnen, ohne die Orte und Angebote
1506 kultureller Bildung wie die Musikschule und die Volkshochschule, ohne das
1507 Ballhaus Naunynstraße, ohne seine freie Szene, ohne seine StreetArt, ohne seine
1508 Kreativen, Künstler*innen und Kulturschaffenden? Um diesen außerordentlichen
1509 Reichtum an Ideen, Energien und Potenzialen zu erhalten und weiter zu entfalten,
1510 braucht es Räume und eine angemessene finanzielle Förderung.

1511 **Freiräume und Kreativität erhalten und fördern**

1512 Gerade in unserem Bezirk werden Produktions- und Erlebnisräume für Kunst und
1513 Kultur immer knapper. Zahlreiche Spielstätten, Ateliers, Galerien, Probe- und
1514 Projekträume mussten aufgrund extremer Mietsteigerungen schließen oder wurden
1515 zugunsten gewinnträchtigerer Nutzungskonzepte aus ihren Räumen gedrängt. Um dies
1516 wirkungsvoll verhindern und steuern zu können, brauchen und fordern wir eine
1517 Reform des Gewerbemietrechts, die es den Kommunen ermöglicht, Räume zur
1518 Produktion von Kunst und Kultur, Bildungseinrichtungen und Kulturorte zu
1519 schützen, etwa durch die Ausweitung des Milieuschutzes auf kulturelle Räume.
1520 Entsprechende Gesetzesinitiativen werden aber bislang von der regierenden
1521 Koalition auf Bundesebene blockiert. Aus der Erfahrung der eigenen rechtlichen

1522 Machtlosigkeit gegenüber der Verdrängung von Künstler*innen und
1523 Kulturschaffenden können wir deshalb nachvollziehen, wenn diese sich dazu
1524 entschließen, die von ihnen genutzten Räume oder offensichtlich lange und
1525 mutmaßlich aus spekulativen Gründen leerstehende Immobilien zu besetzen. Solange
1526 Land und Kommunen durch den Bund jegliche Kompetenz für den Erhalt von
1527 Kulturräumen verwehrt bleibt, fordern wir eine Abkehr von der sogenannten
1528 „Berliner Linie“, damit Besetzungen nicht innerhalb von 24 Stunden beendet
1529 werden müssen.

1530 Unsererseits wollen wir vorhandene Kulturräume soweit möglich über
1531 Bebauungspläne und städtebauliche Verträgen sichern und diese Instrumente auch
1532 verstärkt nutzen, um neue zu schaffen. Wir wollen Erbbaupachtverträge für
1533 bezirkseigene oder landeseigene Immobilien an qualifizierte Kunst- und
1534 Kulturprojekte vergeben, um sie auf diese Weise langfristig zu sichern. Wir
1535 fordern ein Ankaufs- oder Vorkaufsrecht auch für von kulturellen Projekten oder
1536 für kulturelle Zwecke genutzte Immobilien oder Räume. Beim Neubau von
1537 öffentlichen Gebäuden, insbesondere Schulen, sollen temporär nutzbare Räume etwa
1538 für Theatergruppen oder Chöre sowie fest vermietbare Räume, etwa für Ateliers,
1539 mit geplant und gebaut werden. Bei Neubauten privater Investor*innen im Rahmen
1540 städtebaulicher Verträge sollen auch Flächen zugunsten von kultureller Nutzung
1541 berücksichtigt und festgelegt werden. Zudem wollen wir darauf hinwirken, hier
1542 und auf derzeit nicht gebrauchten öffentlichen Flächen und Immobilien kulturelle
1543 Zwischennutzungen zu ermöglichen. Auf Landesebene werden wir weiter darauf
1544 drängen, die Landeshaushaltsordnung so zu ändern, daß die mietfreie Nutzung von
1545 bezirkseigenen Räumen zumindest für nichtkommerziell agierenden Kulturschaffende
1546 - entsprechend der bisherigen Sonderregelungen für Sportvereine - ermöglicht
1547 wird.

1548 **Spielräume und kommunale Kulturangebote stärken**

1549 Neben den freien Akteur*innen bilden die kommunalen Kultureinrichtungen das
1550 Rückgrat der kulturellen Infrastruktur im Bezirk. Kommunale Galerien & Bühnen
1551 wie der Kunstraum Kreuzberg im Bethanien, die Galerie im Turm, die Studiobühne
1552 und der Projektraum in der Alten Feuerwache in Friedrichshain gehören zu den
1553 Keimzellen der aktuellen Kunst in Berlin, in denen auch jüngere, oder sich
1554 bewusst dem sogenannten Kunstmarkt entziehende Künstler*innen ein Forum finden.
1555 Das Ballhaus Naunynstraße in Kreuzberg ist ein einzigartiges postmigrantisches
1556 Theater und kreatives Kunstlabor, das weit über den Bezirk hinaus wirkt und in
1557 dem insbesondere Sichtweisen von People of Colour und queere Diskurse sich
1558 künstlerisch artikulieren.

1559 Für den kulturellen Diskurs sind kommunale Kulturangebote unverzichtbar -
1560 weshalb wir sie weiterhin personell und finanziell auskömmlich ausstatten
1561 wollen. Die für die Budgetierung kultureller und künstlerischer Angebote der
1562 Bezirke immer noch geltende absurde Kosten- und Leistungsrechnung, die allein
1563 auf Quantität der Outputs ausgerichtet ist, muss endlich abgeschafft oder
1564 dahingehend reformiert werden, dass die intensiven Prozessen und Realitäten
1565 künstlerischen Schaffens berücksichtigt und auch finanziert werden können. Die
1566 Kooperationen und den Austausch zwischen Kulturpolitik und Künstler*innen wollen
1567 wir weiter ausbauen. Bezirkliche Bildungseinrichtungen wollen wir noch stärker
1568 für Künstler*innen öffnen und damit insbesondere auch ein Publikum erreichen,
1569 welches die Schwelle zu etablierten Galerien und Ausstellungen sonst eher selten
1570 überschreitet.

1571 **Gesellschaftliche Teilhabe durch kommunale Bildungsangebote** 1572 **sichern**

1573 Kulturelle Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zur gesellschaftlichen
1574 Teilhabe. Hierfür stehen unsere bezirklichen Einrichtungen: die Bibliotheken,
1575 die Musikschule und die Volkshochschule (VHS). Sie bieten allen Bürger*innen,
1576 unabhängig von ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, ihrem Status oder den
1577 finanziellen Möglichkeiten, einen niedrigschwelligen Zugang zu Bildung und
1578 Kultur und tragen damit zu Teilhabe und Chancengerechtigkeit bei.

1579 Die Möglichkeit des Erlernens eines Instruments darf kein Privileg sein. Unsere
1580 Musikschule hat lange Wartelisten, aber knappe Ressourcen. Wir wollen die
1581 Musikschulen personell und räumlich stärken – damit jede*r die Möglichkeit sich
1582 musikalisch weiterzubilden.

1583 Auch die Angebote musikalischer Früherziehung müssen - in Kooperation mit den
1584 Kitas in unserem Bezirk - weiter ausgebaut werden, denn sie bieten für viele
1585 Kinder oftmals die erste, wenn nicht gar die einzige Möglichkeit, ihre
1586 musikalischen Talente zu entdecken.

1587 Unsere Volkshochschulen ermöglichen als die meistbesuchten Einrichtungen der
1588 Erwachsenenbildung nicht nur das Entdecken neuer Talente und Interessen. Sie
1589 leisten als Orte des niedrigschwelligen Spracherwerbs einen überaus wichtigen
1590 Beitrag zur Ermöglichung von Teilhabe am öffentlichen Leben. Hierzu gehört für
1591 uns auch die Etablierung des Moduls „Politische Teilhabe für Geflüchtete“,
1592 angedockt an die landesfinanzierten Deutschkurse für Geflüchtete an der VHS. Das
1593 Programm soll darauf abzielen, Menschen mit Fluchterfahrung zu stärken und ihnen
1594 Möglichkeiten für politische Beteiligung in Berlin aufzuzeigen.

1595 Doch die Volkshochschule und die Musikschule Friedrichshain-Kreuzberg sind nicht
1596 nur Orte des Lernens und der Weiterbildung, sondern auch immer wichtigere
1597 nichtkommerzielle Begegnungsstätten in einem zunehmend kommerzialisierten
1598 Umfeld. Wir wollen daher mehr kommunale Kultur- und Bildungseinrichtungen
1599 insbesondere dort, wo bislang keine wohnortnahen Angebote existieren. Die
1600 ehemalige Rosegger-Grundschule (SO61) soll in Kooperation mit freien
1601 Künstler*innen, Institutionen, Initiativen und Projekten aus dem Kiez zu einem
1602 kommunalen Kultur und Bildungszentrum ausgebaut werden. Damit würde auch die
1603 Bewohner*innen von Kreuzberg 61 wohnortnah der Zugang zu Angeboten von VHS und
1604 Musikschule geboten. Genauso soll die räumlich mögliche Erweiterung der
1605 Zweigstelle der Musikschule in der Zellestraße in Friedrichshain endlich in die
1606 Investitionsplanung (des Landes) aufgenommen werden. Auch virtuelle Formate, wie
1607 sie in den vergangenen Monaten vielfach erprobt wurden, sollen als Ergänzung zum
1608 Lernen und Entdecken vor Ort in sinnvollem Rahmen verstetigt werden.

1609 Die hohe Qualifikation und anspruchsvolle pädagogische Arbeit der zumeist auf
1610 Honorarbasis beschäftigten Volkshochschul- und Musikschullehrer*innen muss
1611 angemessen entlohnt und sozial besser abgesichert werden. Perspektivisch wollen
1612 wir, dass den Lehrenden, die dies wollen, die Möglichkeit einer Festanstellung
1613 über die unter r2g immerhin erreichten 20% hinaus eingeräumt wird.

1614 **Bibliotheken zu Knotenpunkten der Stadtgesellschaft ausbauen**

1615 Mit mehr als 550.000 Nutzer*innen sind unsere Bibliotheken die meistbesuchten
1616 bezirklichen Kultureinrichtungen. Doch die bezirklichen Bibliotheken sichern
1617 nicht nur den freien Zugang zu Literatur und Medien für alle, unabhängig vom
1618 Geldbeutel. Sie sind auch Orte, wo alle Anwohner*innen digitale Kompetenzen

1619 erwerben und ausbauen können und zudem wichtige außerschulische Lern- und
1620 Bildungsorte für Schüler*innen. Sie haben darüber hinaus in einem zunehmend
1621 kommerzialisierten Umfeld Bedeutung als nichtkommerzielle und niedrighschwellige
1622 Begegnungsorte gewonnen. Und dies nicht nur für die vielen Schüler*innen, die
1623 sich hier treffen, gemeinsam Hausaufgaben machen, auf die digitale Infrastruktur
1624 zurückgreifen. Mit ihrer großen Reichweite in die Stadtgesellschaft sind sie zu
1625 wichtigen Orten für die Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen
1626 Fragestellungen und Ausgangspunkt für zivilgesellschaftliches Engagement
1627 geworden. Sie werden zunehmend als Freiräume auch für nachbarliche Vernetzung
1628 gebraucht.

1629 Zwar ist es uns gelungen, den Medienetat für unsere Bibliotheken aus
1630 Bezirksmitteln aufzustocken, die Bibliothek am Kotti samstags zu öffnen und neue
1631 Angebote wie das Bibliotheks-Fahrrad oder ein Makerspace zu schaffen. Doch es
1632 bleibt die große Aufgabe, das durch drei Jahrzehnte Spar- und Streichungspolitik
1633 ausgedünnte Angebot wohnortnaher Kiezbibliotheken wieder zu erweitern und zu
1634 stärken, die weißen Flecken in der Bibliotheksversorgung zu schließen, die
1635 digitalen Angebote zu erweitern und die bezirklichen Bibliotheken personell,
1636 finanziell und technisch auskömmlich auszustatten. Wir wollen in der Glogauer
1637 Str. einen neuen, nachhaltigen und innovativen Bibliotheksstandort bauen. In
1638 einem "Haus der Ideen" sollen Bibliothek, Kita, Familienzentrum, VHS und
1639 Ateliers für Künstler*innen Platz haben und, kooperieren. Damit dieser
1640 partizipative, nicht-kommerzielle Ort für die Nachbarschaft entstehen kann
1641 setzen wir uns für Investitionsmittel im Land ein. Eine Aufgabe, die nur mit
1642 Unterstützung des Landes Berlin umgesetzt werden kann. Wir wollen deshalb ein
1643 Bibliotheksgesetz auf Landesebene, welches Bibliotheken wieder als
1644 Pflichtaufgabe im Rahmen einer kulturellen Grundversorgung betrachtet und nicht
1645 mehr als „freiwillige Leistung“.

1646 **Erinnern, Geschichten erzählen, Zeichen setzen**

1647 Vergangenes ist nicht nur unser Gestern, sondern immer auch Teil unseres Heute.
1648 Deshalb ist Erinnerungskultur immer auch Ausdruck dessen, was und wie wir sein
1649 wollen. Wir wollen keine Erinnerungskultur von „oben“. Geschichte und damit
1650 Gegenwart unseres Bezirks zu erinnern heißt für uns, seine vielfältigen
1651 Geschichten aus immer wieder neuen Blickwinkeln heraus zu betrachten. In einer
1652 offenen Gesellschaft muss Erinnerungskultur dynamisch gedacht werden. Neue
1653 Erfahrungen und Widersprüche müssen in demokratischen Prozessen bearbeitet
1654 werden können. Entscheidend hierfür sind zivilgesellschaftliche Initiativen und
1655 die bezirklichen Kultureinrichtungen, insbesondere das Friedrichshain-Kreuzberg
1656 (FHXB) Museum, das partizipativ und nachbar*innenschaftsorientiert immer wieder
1657 Geschichten erzählt, die (bewusst) vergessen werden, beispielsweise die der
1658 migrantischen Hausbesetzer*innenszene. Wir wollen deshalb einerseits die
1659 personelle, finanzielle und räumliche Ausstattung des FHXB-Museums weiter
1660 verbessern und andererseits unserem Museum, das bislang in einem von der
1661 Deutschen Wohnen befristet gemieteten Gebäude untergebracht ist, eine
1662 langfristige Perspektive auf einem bezirkseigenen Grundstück sichern. Die
1663 Entwicklung und den Einsatz neuer, insbesondere digitaler Formate der
1664 Erinnerungskultur wollen wir unterstützen. Der durch das Kolloquium
1665 „Erinnerungskulturen in der Einwanderungsgesellschaft“ begonnene Prozess soll
1666 fortgeführt und dessen Ergebnisse im öffentlichen Raum umgesetzt werden. Die
1667 Diversität unseres Bezirkes soll sowohl in der Zusammensetzung der bezirklichen
1668 Einrichtungen und Fachgremien, als auch seinen Gedenkzeichen und Straßennamen

1669 sichtbar gemacht werden. Wir wollen auch die Ost-West-Geschichte unseres Bezirks
1670 und die daraus entstehenden Spannungen oder noch immer resultierenden
1671 Unterschiede stärker in den Fokus rücken. Es soll unter anderem eine Zweigstelle
1672 unseres Museums in Friedrichshain entstehen. Als Bündnisgrüne werden wir
1673 weiterhin zivilgesellschaftliche Initiativen - wie etwa die Gustav Landauer
1674 Denkmalinitiative oder die Initiative Geschichts- und Lernort Dragonerareal -
1675 bei der Umsetzung ihrer Vorhaben unterstützen. Als authentisches Zeugnis eines
1676 kritischen Wendepunkts der Revolution 1918/19 ist die ehemalige Kaserne ein
1677 Schlüsselort der deutschen Demokratiegeschichte, der zur Auseinandersetzung mit
1678 politischer Gewalt, deren Vorbedingungen und Rechtfertigung einlädt. Kreuzberg
1679 ist im öffentlichen Raum bis heute geprägt von Zeugnissen des militärisch-
1680 preußischen Erbes und Gedenkzeichen für preußische Generäle, Schlachten und
1681 "ruhmreiche Siege". Wir wollen einen Diskursprozess zum Umgang mit diesen
1682 Zeugnissen unserer Geschichte initiieren. Schon allein diese Ankündigung lässt
1683 heutige Patrioten fürchten, wir planteten die Blüchers, Yorcks und Wrangels von
1684 ihren Straßenschildern zu schubsen und dabei mal eben halb Kreuzberg
1685 umzubenennen. Wenn die Bürger*innen dies wollen, dann auch dies. Zunächst aber
1686 wollen wir erreichen, dass dem FHB die nötigen Ressourcen zur Verfügung
1687 gestellt werden, ein Forum für diese Auseinandersetzung zu sein.

1688 **Öffentlichen Raum als Kunst- und Kulturraum nutzen**

1689 Der öffentliche Raum ist mittendrin - es muss keine andere Schwelle
1690 überschritten werden als die eigene Haustür. Künstlerische Interventionen
1691 ermöglichen hier deshalb nicht nur eine niedrighschwellige Teilhabe an
1692 künstlerischen Prozessen, sondern eröffnen ganz eigene Möglichkeiten der
1693 Auseinandersetzung mit dem konkreten Umfeld, dieses künstlerisch zu reflektieren
1694 und zu interpretieren oder auch zu konterkarieren. Auch deswegen rückt er immer
1695 mehr in den Fokus der Künstler*innen, um diesen oftmals von Werbung und
1696 kommerziellen Interessen besetzten Raum für Kunst und Kultur zurückerobern, oft
1697 aufbauend auf Bewegungen wie Graffiti und Street-Art. Kunst im öffentlichen Raum
1698 greift (stadt-)politische und gesellschaftliche Diskurse auf, beleuchtet sie
1699 kritisch und weist über sie hinaus - und ist somit auch ein Teil der
1700 Stadtentwicklung selbst. Gemeinsam mit stadtpolitischen Akteur*innen,
1701 Initiativen und Künstler*innen haben wir den FriXfonds entwickelt:
1702 Investor*innen, Immobilienwirtschaft und Gewerbetreibende, die mit ihren
1703 (Immobilien-)Geschäften an der nicht zuletzt durch seine vielfältigen
1704 kulturellen Angebote gewachsenen Attraktivität verdienen, stellen Geld zur
1705 Verfügung. Damit werden künstlerische Projekte gefördert, die sich mit
1706 stadtentwicklungspolitischen Problemen wie Gentrifizierung und
1707 Kommerzialisierung auseinandersetzen und die künstlerische Rückeroberung des
1708 öffentlichen Raums zum Ziel haben. Diese Arbeit wollen wir verstetigen. Wir
1709 wollen den öffentlichen Raum verstärkt zur "Bühne" machen und über den ganzen
1710 Bezirk verteilt Flächen ausweisen, die für nichtkommerzielle künstlerische
1711 Interventionen und kulturelle Projekte zur Verfügung stehen. Bezirks- und
1712 landeseigene Liegenschaften sollen legale Flächen für Graffiti und Street Art
1713 beherbergen. Bei öffentlich geförderten Bauvorhaben sollen Graffiti und Street
1714 Art als Kunst am Bau stärker berücksichtigt werden. Für Künstler*innen, die
1715 öffentliche Flächen bespielen möchten, wollen wir Ansprechpersonen beim Straßen-
1716 und Grünflächenamt sowie beim Facility Management (Verwaltung der
1717 Liegenschaften) benennen. Interventionen im öffentlichen Raum sollen nicht mehr
1718 an einer auf Verhinderung ausgerichteten Genehmigungspraxis scheitern!

1719 Clubkultur feiern

1720 Die zahlreichen Clubs bei uns im Bezirk sind nicht nur „Vergnügungsstätten“,
1721 sondern auch Orte, an denen Musik und Kultur jenseits des Mainstreams
1722 stattfinden können. In ihrer Vielfalt sind sie ein nicht wegzudenkender
1723 Bestandteil der Kultur in unserem Bezirk und bieten essentiellen kreativen
1724 Freiraum. Solange unsere Clubs bundesrechtlich nicht als die Kulturorte
1725 anerkannt werden die sie sind, muss zumindest die bezirkliche Politik sie als
1726 solche schützen und fördern. Schon jetzt ist es in unserem Bezirk quasi
1727 unmöglich, Ausweichflächen für bedrohte Clubs zu finden. Wir brauchen endlich
1728 rechtliche Mittel, um Clubs als wesentlichen Teil der kulturellen Identität
1729 unseres Bezirks dauerhaft sichern zu können. Wir wollen Clubstandorte durch
1730 Bebauungspläne vor Verdrängung schützen und perspektivisch auch Flächen für
1731 Clubs bei (Gewerbe-)Neubauprojekten ermöglichen. Investor*innen, die angrenzend
1732 neuen Wohnraum bauen, wollen wir zu angemessenen Schallschutzmaßnahmen
1733 verpflichten. Wir setzen uns für eine Ansprechperson in der Verwaltung ein, die
1734 bei Bauanträgen und Lärmschutz sowie Sondernutzungen beraten kann. Die Förderung
1735 sogenannter „Populärkultur“ wollen wir auf Clubs ausweiten und Zwischennutzungen
1736 für temporäre Clubs ermöglichen.

1737 Die Clubszene droht teilweise auch zum Opfer ihres eigenen Erfolgs und der
1738 Vermarktung Friedrichshain-Kreuzbergs als Partymeile Berlins zu werden. Hier
1739 sind Land und Bezirk in der Verantwortung, eine entsprechende Infrastruktur für
1740 die vielen Gäste zur Verfügung zu stellen, sowie die Einhaltung des Lärmschutzes
1741 zu gewährleisten. Auch die Clubbetreiber*innen selbst müssen ihren Beitrag für
1742 ein funktionierendes Miteinander leisten. Denn die Clubs sind eben nicht nur
1743 Wirtschaftsfaktor, Arbeitgeber*innen und Anziehungspunkte für Menschen aus aller
1744 Welt, sondern Teil unserer Nachbar*innenschaft und des Lebens in unserem Bezirk.
1745 Insbesondere in Gegenden, in denen sich (sub-)kulturelle Angebote und Clubs
1746 konzentrieren, wollen wir gemeinsam mit der Clubcommission Strukturen
1747 weiterentwickeln, an die sich Nachbar*innen und Anwohner*innen bei Konflikten
1748 vor Ort wenden können.

1749 Mit seinem Schwerpunkt, der Verknüpfung karibisch und afrikanisch verwurzelter
1750 Kulturen mit zeitgenössischen, urbanen Subkulturen ist das YAAM in unserem
1751 Bezirk und in ganz Berlin einzigartig. Nachdem das YAAM auch mit unserer
1752 Unterstützung an der Schillingbrücke einen scheinbar sicheren „Hafen“ an der
1753 Spree gefunden hatte, bröckelt dort nun die Spundmauer. Wir werden uns
1754 entschieden dafür einsetzen, dass die notwendigen Maßnahmen zur Absicherung des
1755 Geländes gemeinsam mit dem Land Berlin durchgeführt werden, das YAAM einen
1756 langfristigen Mietvertrag erhält und seine Existenz dauerhaft abgesichert wird.

1757 Drogenpolitik neu denken: legalize It!

1758 Wir stehen für eine Liberalisierung der Drogenpolitik. Drogen sind Genussmittel,
1759 sie werden aus kulturellen, rituellen, religiösen oder sozialen Gründen
1760 konsumiert, und das in allen Gesellschaftsschichten. Allein der jahrzehntelang
1761 erzwungene prohibitive Umgang mit gesellschaftlich weit verbreitetem und
1762 akzeptiertem Cannabiskonsum zeigt, dass Wege zur Legalisierung überfällig sind.
1763 Viele der auch in unserem Bezirk sichtbaren Probleme mit Drogenhandel und -
1764 konsum sind Folge dieser Verweigerung der Realität. Statt auf Kriminalisierung
1765 und Stigmatisierung von Konsument*innen, setzen wir auf Prävention,
1766 Entkriminalisierung, Regulierung und passgenaue Hilfsangebote.

1767 Wir treten weiterhin ein für eine kontrollierte Legalisierung von Cannabis, aber
1768 auch eine faktenbasierte Regulierung von weiteren Rauschmitteln auf Bundesebene.
1769 Falls auch in der nächsten Wahlperiode kein Cannabiskontrollgesetz auf
1770 Bundesebene beschlossen werden sollte muss sich der Bezirk erneut für eine
1771 Ausnahmeregelung für ein Modellprojekt für Cannabiskonsument*innen einsetzen.

1772 **Mehr Aufklärung und niedrigschwelligere Hilfsangebote!**

1773 Das Modell, Konsument*innen „harter“ Drogen an einem sicheren Ort und unter
1774 Einhaltung von Hygienestandards den Konsum zu ermöglichen hat sich bewährt.
1775 Daher wollen wir im Bezirk mehr Drogenkonsumräume mit längeren Öffnungszeiten
1776 einrichten. Zudem braucht es eine ausreichende Ausstattung mit Spritzenautomaten
1777 und Spritzenabwurfbehältern. Mittelfristig soll der Bezirk eine Infrastruktur
1778 für abhängige Drogenkonsument*innen aufbauen, in dem es Konsum- und,
1779 Aufenthaltsräume gibt, Schließfächer, eine Notunterkunft, Verpflegung und
1780 ärztliche und psychologische Betreuung, sowie Unterstützung durch
1781 Sozialarbeiter*innen.

1782 Damit es so weit gar nicht kommen muss, wollen wir Drogenkonsument*innen
1783 aufklären und präventiv zur Seite stehen. Die Drogenaufklärung muss so divers
1784 und mehrsprachig sein wie unser Bezirk. Wir fordern die Ausweitung von
1785 Aufklärungsmaterial durch Dokumentationen und Videos, auch in unterschiedlichen
1786 Sprachen. Wir wollen in Kooperation mit relevanten Akteur*innen beispielsweise
1787 in der Clubszene, Drugchecking-Projekte flächendeckend umsetzen. Statt mit der
1788 Gefahr der Strafverfolgung den Zugang zu Aufklärung, Gesundheitsangeboten und
1789 Hilfen einzuschränken, braucht es zielgruppenspezifische Angebote, die
1790 ermöglichen mehr Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen. Auch
1791 der kritische Umgang mit dem Konsum von Alkohol, Tabak und Vaping sollte
1792 verstärkt werden, um Missbrauch vorzubeugen. Unsere Antwort ist eine
1793 Drogenpolitik, die präventiv ansetzt, einen verantwortungsbewussten Umgang mit
1794 Drogen ermöglicht und gleichzeitig Hilfsstrukturen schafft, die Abhängigkeit und
1795 Stigmatisierung entgegenwirken.

1796 * [Fußnote] Menschen, denen bei Geburt das männliche Geschlecht zugeordnet wurde
1797 und die sich auch selbst so definieren.